



SECO
Direktion für Arbeit
Internationale Arbeitsfragen
Effingerstrasse 31
3003 Bern

Bern, 30. August 2011

Vernehmlassung 07.455 Parlamentarische Initiative. Ratifikation des IAO-Übereinkommens Nr. 183 über den Mutterschutz

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax ist eine Stabskommission der Schweizer Bischofskonferenz, die sich mit sozialem Fragen aus den Bereichen Politik, Soziales und Wirtschaft befasst. Die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sind uns dabei wichtige Anliegen.¹ Vor diesem Hintergrund nehmen wir gerne die Möglichkeit wahr, uns an der oben genannten Vernehmlassung zu beteiligen.

Zusammenfassung

Justitia et Pax unterstützt die Ratifikation des IAO-Übereinkommens Nr. 183 über den Mutterschutz erwerbstätiger Frauen (nachfolgend C 183) und die Änderung von Art. 35a Abs. 2 ArG.

Aus sozialem Sicht ist die Ratifikation des C 183 zu begrüßen, weil es:

- das Wohl von Mutter und Kind ins Zentrum stellt;
- eine menschenwürdige Arbeit für erwerbstätige Schwangere und Frauen mit Neugeborenen garantieren soll, auch für besonders schutzbedürftige Arbeitnehmerinnen;
- ein Instrument darstellt, um das Wohl der Familie zu begünstigen;
- die Chancengerechtigkeit zwischen Frau und Mann fördert.

Den Änderungsvorschlag von Art. 35a Abs. 2 ArG, unterstützen wir, weil er:

- die Rechtssicherheit erwerbstätiger, stillender Mütter verbessert;
- das Weiterführen des Stillens bei der Wiederaufnahme der Arbeit fördert und dadurch die Gesundheit von Mutter und Kind schützt;
- die Lohnleichheit begünstigt.

¹ Siehe zum Beispiel Pressecommuniqué „30 Jahre Gleichstellung reichen noch nicht“, http://www.kath.ch/news/upload_juspax/2011-06-06%20pc%20frauentag14juni.pdf und „Vernehmlassung zum neuen Verfassungsartikel zur Familienpolitik“, http://www.kath.ch/news/upload_juspax/2011-02-28%20vnl%20verfart%20familienpolitik.pdf.



Grundsätzliche Überlegungen zur Ratifikation

Die C 183 (2000) beruht auf einer Revision des Übereinkommens Nr. 103 von 1952 und verpflichtet die Vertragsstaaten ein breites Spektrum an Schutzmassnahmen für erwerbstätige Schwangere und Frauen mit Neugeborenen zu gewähren. Das Übereinkommen legt eine Mutterschaftsversicherung von mindestens 14 Wochen fest, enthält Bestimmungen über den Gesundheitsschutz von Mutter und Kind, Normen bezüglich Geld- und ärztlichen Leistungen, schützt Arbeitnehmerinnen vor und nach der Geburt vor Kündigung und Diskriminierung und legt Massnahmen zur Förderung des Bruststillens während der Arbeitszeit fest.

Mit der Ratifikation des C 183 könnte die Schweiz die Chance wahrnehmen, einen umfassenden Mutterschutz auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern und dabei ihren Einsatz für die Menschenrechte bestätigen. Dies stünde auch im Einklang mit anderen internationalen Verpflichtungen, die die Schweiz zum Beispiel als Vertragsstaat der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau (1979) und der UNO-Kinderrechtskonvention (1989) eingegangen ist. Die Schweiz wäre durch die Ratifikation des C 183 gehalten, die innerstaatliche Gesetzgebung und Praxis im Bereich Mutterschutz kontinuierlich und im Sinne des Gemeinwohls zu verbessern.

Aus sozialetischer Sicht ist die Ratifikation des C 183 begrüssenswert, weil es das Wohl der erwerbstätigen Mutter und des Kindes in den Mittelpunkt stellt. Aufgrund der bestehenden geschlechterspezifischen Diskriminierung in der Schweiz und weltweit, ist es wichtig, auf entsprechende Normen zum Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmerin und Kind während der Schwangerschaft, Entbindung und der Zeit nach der Geburt zurückgreifen zu können. Dies gilt gleichermassen für den Beschäftigungsschutz der den Frauen in dieser Lebensphase gewährt werden muss. Ein solcher Rechtsschutz trägt in seiner Umsetzung auch zum Wohl der Familie und allgemein zu einer lebensförderlichen Gesellschaft bei. Somit stellt der Mutterschutz einen wichtigen Bestandteil der Familienpolitik dar.

Gemäss dem christlichen Menschenbild besitzt jeder Mensch die gleiche Würde. Der menschlichen Würde muss auch am Arbeitsplatz angemessen Rechnung getragen werden, vor allem wenn es sich um besonders verletzbare ArbeitnehmerInnen handelt. Das C 183 legt die Grundsteine, um erwerbstätigen Schwangeren und Frauen mit Neugeborenen eine menschenwürdige Arbeit zu garantieren und die Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern zu fördern. Dies ist umso wichtiger, als auch zukünftig weltweit ein Anstieg schwangerer erwerbstätiger Frauen prognostiziert wird.²

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates, SGK-N, erläutert in ihrem Bericht zur Initiative, dass das Schweizer Recht bereits heute alle Bestimmungen des C 183 erfüllt, bis auf Artikel 10, Abs. 2 bezüglich bezahlter Stillpausen, den wir nachfolgend ausführen. Unter Artikel 2 des Übereinkommens muss die Schweiz aus der Sicht von Justitia et Pax zudem sicherstellen, dass keine besonders schutzbedürftigen Gruppen von erwerbstätigen Frauen aus dem Geltungsbereich des Übereinkommens ausgeschlossen werden, namentlich solche die in „atypischen Formen abhängiger Arbeit“ tätig sind. Falls dies der Fall wäre, gelte es die nationale Gesetzgebung diesbezüglich zu überprüfen und eventuelle Benachteiligungen von bestimmten besonders verletzlichen Gruppen zu beseitigen.

² IAO (2009): Gleichstellung der Geschlechter als Kernstück menschenwürdiger Arbeit. Internationale Arbeitskonferenz, 98, Bericht VI. Genf: Internationales Arbeitsamt, S. 50-53.



Änderung des Art. 35a Abs. 2 ArG

Art. 10, Abs. 2 des C 183 hält unter anderem fest, dass die Stillpausen oder die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zum Stillen als Arbeitszeit anzurechnen und entsprechend zu bezahlen sind. In der Schweizer Gesetzgebung (Art. 35a Abs. 2 ArG, Art. 60 ArGV 1) ist zwar die erforderliche Zeit zum Stillen als Arbeitszeit anerkannt, deren Bezahlung ist aber nicht geregelt. Aus diesem Grund soll Art. 35a, Abs. 2, gemäss Bericht der SGK-N wie folgt geändert, beziehungsweise ergänzt werden: „Die Verordnung bestimmt die Stillzeit, welche als entlohnte Arbeitszeit anzurechnen ist“.

Die zahlreichen Vorteile des Bruststillens für die Gesundheit von Kind und Mutter und die besondere Bindung, die dabei zwischen den Beiden gepflegt wird, sind unbestritten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt bis zum sechsten Lebensmonat ausschliesslich zu Stillen, da die Muttermilch alle nötigen Nährstoffe, die der Säugling bis zu diesem Zeitpunkt braucht enthält. Danach kann das Stillen mit Beikost ergänzt und bis zu zwei Jahren oder länger weitergeführt werden.³ Trotz dieser Empfehlung der WHO stillen in der Schweiz im sechsten Monat nur noch 14% der Frauen, gemäss einer nationalen Studie von 2003.⁴

Die Wiederaufnahme der Arbeit nach dem 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub kann für viele Mütter ein Grund sein, teilweise oder ganz abzustillen. Massnahmen wie bezahlte Stillpausen und die Verfügbarkeit der nötigen Infrastruktur zum Stillen oder Abpumpen und Aufbewahren der Muttermilch stellen deshalb wichtige Anreize für die Weiterführung des Stillens dar.

In der Schweiz bestehen weiterhin markante Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern, die eine gleichwertige Arbeit verrichten. Dies hat auch der UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in seinen abschliessenden Bemerkungen und Empfehlungen 2010 an die Schweiz festgehalten.⁵ Die Änderung des Art. 35a Abs. 2 ArG, beziehungsweise die Entlohnung der Stillpausen, stellt in diesem Rahmen eine konkrete Massnahme dar, um eine geschlechterspezifische Lohndiskriminierung zu beseitigen. Aus diesen Gründen ist die Änderung des besagten Artikels aus unserer Sicht höchst begrüssenswert.

Für die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax
und mit freundlichen Grüssen,

Wolfgang Bürgstein
Generalsekretär

³ Die WHO hat die wichtigsten Informationen und Vorteile des Stillens auf ihrer Website unter „10 Facts on Breastfeeding“ zusammengefasst: <http://www.who.int/features/factfiles/breastfeeding/en/index.html>

⁴ Sonja Merten, Julia Dratva, Ursula Ackermann-Liebrich (2005): Säuglingsernährung in den ersten neun Lebensmonaten – nationale Studie 2003. In: Eichholzer M., Camenzind-Frey E., Matzke A., Amadò R., Ballmer PE., et al. (eds). Fünfter Schweizerischer Ernährungsbericht, Bern: Bundesamt für Gesundheit, S. 109 - 124.

⁵ Der Bericht ist erhältlich unter <http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/cescrs45.htm>. Siehe Abschnitt 8, Seite 3.